

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Wirtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Abdruck sämtlicher unentgeltlich. Bezugspreis: monatlich 1,40 Mark. Die Anzeigenpreise: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Halbspalten, die Reklameweile 45 Halbspalten. Die Anzeigenpreise sind für den ersten Tag. Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Halbspalten, die Reklameweile 45 Halbspalten. Die Anzeigenpreise sind für den ersten Tag. Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Halbspalten, die Reklameweile 45 Halbspalten.

Nr. 147

Altensteig, Montag den 28. Juni

1926

## Der Vertrag von Versailles

Es besteht weithin Uebereinstimmung, daß in weitesten Kreisen unseres Volkes Unklarheit und Unwissenheit besteht über den Inhalt und die Tragweite der Bestimmungen des Friedens von Versailles. Es war ein Verdienst des Studienrats Dr. Albert Ströbele in Stuttgart, daß er schon vor Jahren ein Schriftchen über den Versailler Vertrag und seine Wirkungen für unser deutsches Vaterland verfaßt hat (Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35), das nunmehr in neuer Auflage (260.—280 000 Tausend) vorliegt. Diese Schrift wurde in Württemberg und Baden durch die Schulbehörden zur Einführung und Benutzung in den Schulen beim staatsbürgerlichen Unterricht seinerzeit warm empfohlen. Von der neuen Auflage, die im Textteil wesentlich erweitert ist und zahlreiche anschauliche Statistiken, Karten und vergleichende Darstellungen enthält, gilt diese Empfehlung in verstärktem Maße. Die in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag getroffenen Abmachungen wie Londoner Vertrag und Locarno-Abmachungen, nicht zuletzt auch die Abrüstungsfrage und die Möglichkeit einer Revision des Friedensvertrages sind in durchaus sachlicher, objektiver und zuverlässiger Weise dargestellt. Der frühere württ. Staatspräsident Dr. Hieber hat einst im Landtag bei der 1. Auflage des Schriftchens die empfehlenden Worte gesprochen: Es muß unserem Volke zum Bewußtsein kommen, daß wir durch den Vertrag und seit dem Vertrag von Versailles in den Händen von Feinden, von Gläubigern sind, die uns nicht nur die Freiheit genommen haben, sondern das letzte aus dem deutschen Volke herauspressen wollen, sodaß das deutsche Volk zu einer formlosen Masse von Arbeitern im Dienst fremder Interessen herabgedrückt wurde. Nur durch Aufklärung kann und muß der Wille erwachsen, uns einen selbständigen Staat zu erringen, der vor fremder Ausbeutung und Willkür uns zu schützen in der Lage ist. Dazu werden wir lange brauchen, darüber dürfen wir uns keiner Illusion hingeben.

Der neuen Schrift von Dr. Ströbele gab Hindenburg einst den Wunsch mit auf den Weg: „Möge die Schrift dazu beitragen, die Augen des teilweise noch verblendeten Volkes zu öffnen!“ Und der verstorbene Ministerpräsident Dr. Freiherr von Weizsäcker schrieb dem Verfasser: „Doch in einer vortrefflichen Schrift wie der Ihrigen der immer noch den vollen Ernst weithin nicht erfassenden Gegenwart der Sachverhalte aufs deutlichste eingepreßt ist, ist ein patriotisches Werk.“

Wir geben aus dem Büchlein, das man jedem Deutschen in die Hand drücken möchte, den Schlusssatz wieder, der Deutschlands Recht auf Revision des Vertrages behandelt:

Die Rechtsgrundlage des Friedens wurde vom Feindbund nicht eingehalten. Der Deutschland aufgezwungene Frieden stellt in seinem Zustandekommen und in den entscheidenden Punkten seines Inhaltes das gerade Gegenteil der durch Wilson verkündeten, von beiden Parteien angenommenen Grundsätze dar. Dies konnte nur geschehen, weil Deutschland keine Möglichkeit mehr besaß, sich gegen die Vergewaltigung zu wehren; denn es hatte im Vertrauen auf die Ehrlichkeit seiner Gegner und die Heiligkeit der Verträge in seine eigene Entwaffnung eingewilligt. Der Feindbund hat also die Voraussetzung für die unbeschränkte Gewaltanwendung durch Betrug und Vertragsbruch herbeigeführt. Regnes schreibt dazu: „Der Krieg, der angeblich zum Schutz der Heiligkeit völkerrechtlicher Verträge geführt worden war, endete mit einem offenen Bruch eines der denkbar heiligsten Verträge durch die siegreichen Vorkämpfer der Vertragsidee.“

Vor allem aber ist die moralische Grundlage des ganzen Vertrages, die deutsche alleinige Verantwortlichkeit für den Krieg (Art. 231, Nr. 53), falsch. Zwar hat Deutschland zu dem Krieg erklärt, aber erst nachdem die gegnerischen Staaten die allgemeine Mobilisierung angeordnet hatten, den Krieg, den kein verantwortlicher deutscher Staatsmann den Soldat gewollt hat, auf den aber, wie wir aus den belgischen Gesundheitsberichten und den russischen Akten wissen, französische Raubriegel, russischer Eroberungsdrang und englische Geschäftsinteressen seit Jahren hingearbeitet haben. Lloyd George selber kann von der deutschen Schuld am Krieg nicht überzeugt gewesen sein, denn er sagte am 22. Dezember 1920 in Birmingham: „Je mehr man die Bücher über die Vorgeschichte des Krieges liest, desto deutlicher wird es, daß keiner der führenden Männer den Krieg gewollt hat, man ist vielmehr in diesen hineingeglitten,

hineingestolpert, hineingetorcht.“ Und Wilson jagte am 26. Oktober 1916 in Cincinnati: „Niemand weiß, woraus der gegenwärtige Weltkrieg entstanden ist; keine einzelne Tatsache hat ihn hervorgerufen, sondern alle Dinge im allgemeinen.“

Der Vertrag, der durch Betrug zustande kam, der auf der Lüge von der deutschen Kriegsschuld aufgebaut ist, der undurchführbar und unmöglich ist, hat keine Zukunft. Erst durch eine grundlegende, auf der wahren Gerechtigkeit beruhende Aenderung wird er eine gesicherte Grundlage nicht nur zum Aufbau Deutschlands, sondern der ganzen Welt geben.

### Aufbau zum 7. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages

München, 28. Juni. In der Münchener Universität fand eine große Trauerkundgebung des akademischen Arbeitsausschusses für deutschen Wiederaufbau zum 7. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages statt, an der auch Ministerpräsident Held teilnahm. Den Hauptvortrag hielt Universitätsprofessor Dr. Gallinger, der auf die Bemühungen Frankreichs hinwies, seine Vormachtstellung in Europa zu verewigen und der weiter die Möglichkeit der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages betonte. Nachdem in Frankreich an der Unantastbarkeit des Versailler Vertrages festgehalten werde, erscheine eine Aenderung der Lage nur möglich, durch Vereinbarungen von Fall zu Fall, durch die die Bestimmungen allschon außer Kraft gesetzt würden, die den Wiederaufstieg Deutschlands hinderten und durch die vor allem auch die moralische Belastung Deutschlands aufgehoben werde. Dazu bedürfe es der unermüdbaren Arbeit des deutschen Volkes.

## Aus dem Rechtsauschuß des Reichstages

### Das Fürstenabfindungsgezet im Rechtsauschuß

Berlin, 28. Juni. Im Rechtsauschuß des Reichstages wurde die Beratung des Gesetzes über die Auseinandersetzung mit den Fürstendynastien zu Ende geführt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Reichstagsminister Dr. Marx eine Erklärung zu den gestrigen Ausführungen der deutschen Nationalen Redner ab, die darauf hinstellte, daß durch die Aufwertungsbestimmungen des Entwurfes die Fürsten unangenehm behandelt würden als andere Staatsbürger, obwohl der Reichstagsminister bei seinem Interview die gleichmäßige Behandlung der Fürsten mit den übrigen Staatsbürgern in der Aufwertungsfrage zugesichert habe. Der Reichstagsminister erklärte dazu, ich habe bei meinen damaligen Äußerungen die grundsätzliche Regelung der ganzen Frage im Auge gehabt. Im einzelnen besteht allerdings ein Unterschied zwischen den Angehörigen der Fürstendynastien und den sonstigen Staatsbürgern in der Behandlung gewisser Leistungen, die sonst der freien Aufwertung unterliegen. Bei dieser Ausnahme handelt es sich aber um eine Einzelheit, auf die hinzuweisen ich umsonst Anlass hätte, als ich mich bei der Unterredung ohnehin auf die Bestimmungen des Entwurfes bezogen habe. Auf eine Anfrage antwortete Staatssekretär Joel, es befänden freilich schon genügend Vorschläge, aber die Tendenz der Rechtsprechung gehe dahin, daß bei der Aufwertung immer der Geldwert des gezahlten Betrages zur Zeit der Schuld zurunde gelegt war. Die Rechtsprechung dürfe nach dem Wortlaut des Gesetzes die Fürstendynastien nicht anders behandeln als alle anderen Staatsbürger. Ohne Aussprache wurden die Paragraphen 19 und 20 angenommen.

Im weiteren Verlauf der Beratungen über das Fürstenabfindungsgezet im Rechtsauschuß des Reichstages wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangt, daß die Entscheidungen des Sondergerichts eine gedrungene Darstellung der Sach- und Streitgegenstände, sowie die Entscheidungsbegründungen enthalten müßten, mit den Stimmen der Mittelparteien bei Stimmenhaltung der Sozialparteien angenommen.

Sämtliche Paragraphen wurden mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen und unter Stimmenhaltung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten angenommen. Von deutschnationaler Seite wurde eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: Durch unsere auf das Mindestmaß beschränkten Abänderungsanträge haben wir den Grundgedanken der Sicherheit der Rechtskraft und der Unantastbarkeit des Privatigentums Geltung zu verschaffen gesucht. Der Ausschuß ist über unsere Anträge hinausgegangen und hat den Bestimmungen der Linken weitgehend nachgegeben. Wir beantragen uns in diesem Augenblick, diese Tatsache ausdrücklich festzustellen, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß unsere grundsätzliche Stimmenhaltung lediglich den Sinn hat, die Ausschlußverhandlungen nicht unmöglich zu machen. Reichstagsminister Dr. Marx wies zum Schluß noch einmal auf die Notwendigkeit einer schnellen Erledigung des Gesetzes hin.

## Schwere Hochwasserkatastrophen

Halle, 26. Juni. Die durch die Hochwasserkatastrophe in den letzten 14 Tagen der Provinz Sachsen zugefügten Schäden lassen sich zurzeit noch nicht annähernd übersehen. Flächen von dem Ausmaß größter Güter liegen vollständig unter Wasser. Ganze Weizenflächen in den Niederungsgebieten sind überflutet und verschlammmt. Selbst in dem nicht völlig überschwemmten Teil ist an eine Arbeit auf den Feldern nicht zu denken. Infolge des nassen Wetters zeigt sich allenthalben ein erschreckender Befall des Getreides. Der Vorstand des Landbundes der Provinz Sachsen hat an den preussischen Innenminister sowie an das Finanzministerium eine dringende Eingabe um Zuschüsse und Steuererlassungen gerichtet.

Wittenberge, 25. Juni. Der Gesamtschaden wird für die Prignitz und Altmark auf nahezu 70 Millionen geschätzt, wovon etwa 30 Millionen allein auf die Prignitz entfallen. Die Bevölkerung erwartet schnellste Hilfe durch das Reich.

### Hochwasser im Obergebiet

Frankfurt a. Ober, 26. Juni. Die Oder ist zum Stehen gekommen und gefahren. Ein Dammbruch hat in der Nacht zum Freitag bis zur Küstriner Altstadt katastrophal. Die Dammbreche beobachtete in der Nacht zum Freitag, daß das Erdwerk in 20 Meter Höhe abfiel. Die sofort alarmierten Pioniere gingen sofort an die Arbeit. Im Laufe der Nachmittags wurden 70 Wagen Kies, die die Bahnverwaltung zur Verfügung gestellt hatte, angefahren und damit der Dammbruch verhindert, der das gesamte rechte Oberbruch zwischen Küstrin und Frankfurt überflutet hätte.

### Reichstag und Hochwasser

Berlin, 26. Juni. Im Reichstage sind Anträge zur Hochwasserhilfe von sämtlichen Parteien eingelaufen.

## Neues vom Tage

### Verminderung der Besatzungstruppen und Klärung der Kolonialfrage?

London, 27. Juni. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meint, der Befehl für die Zurückziehung eines französischen Regiments aus dem Rheinland, der nun den ersten Schritt zu einer wesentlichen Verminderung der Besatzungstruppen darstelle, sei in sehr geschickter Weise einer Erneuerung der deutschen Vorstellungen in dieser Frage zuvorgekommen. Außerdem sei die Lage durch den deutschen Hinweis des englischen Kolonialministers geflärt worden, daß von einer Abtretung der früheren deutschen Kolonien, die sich jetzt im Besitz Englands oder seiner Dominionen unter einem Völkerbundsmandat befinden, keine Rede sein könne. Berlin begrüße es aber sicher, daß deutsche Staatsangehörige in jenen Gebieten Handel treiben und sich gleichberechtigt mit Staatsangehörigen anderer Nationen dort niederlassen könnten. Die Zulassung Angehöriger ehemals feindlicher Staaten in den Mandatsgebieten sei näher als die unmittelbar bevorstehende Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde zurückzuführen.

### Chinas schlimme Lage

Berlin, 27. Juni. Nach Blättermeldungen aus Peking breitet sich der Bürgerkrieg in China nun auch in den Provinzen südlich des Jangtse aus. Zu der Konferenz der Marschälle, die am Freitag in Peking begann, sind Wupeifu und Tchanghsolin noch nicht erschienen. Auch die Minister und Vizeminister der Partei Tchanghsolins traten bisher ihre Ämter nicht an. Im allgemeinen wird die Lage recht pessimistisch aufgefaßt. Eine Lösung der Schwierigkeiten ist unwahrscheinlich, denn die Macht der Hauptmarschälle über ihre Unterführer ist nur begrenzt. Die Gefährdung des Saitzmonopols, sowie die Abreise des amerikanischen Hauptdelegierten vor dem Ende der Zollkonferenz lassen eine weitere Zulassung Chinas befürchten.

### Chamberlain über die Beziehungen zu Rußland

London, 26. Juni. Nachdem sich mehrere konservative Abgeordnete über die Sowjetpropaganda in England und über die Sendung von Sowjetgeldern nach England beklagt hatten, führte Chamberlain aus: Die Regierung hat zwar Grund zur Klage über die Umtriebe der Sowjetbehörden, indessen wäre es unklug, die Beziehungen abzubreaken und das Handelsabkommen aufzuheben. Die Sowjetregierung hält die Bestimmungen des Handelsabkommens nicht ein. Die englische Regierung hat zu verstehen gegeben, daß sie die Einleitung von Verhandlungen zwecks Abschluß neuer Abkommen so lange für zwecklos halten, als die alten Abkommen nicht eingehalten werden. Ein Abbruch der bereits bestehenden Beziehungen würde uns bei der Befämpfung von Unordnung oder Umsturz innerhalb unserer eigenen

Grenzen schwächen, außerdem die Ungewißheit und die Furcht vor der Unsicherheit in Europa vergrößern. Infolge von Unterbrechungen durch Arbeiterpartei war die Sitzung des Unterhauses abgebrochen.

**Erneuerung des englisch-französischen Bündnisses?**

**London, 27. Juni.** In englischen Regierungskreisen wird das Programm der im Oktober in London stattfindenden britischen Reichskonferenz bereits lebhaft besprochen. Drei wichtige Fragen stehen auf der Tagesordnung: 1. die Verteidigung des britischen Mutterlandes, 2. die Sicherung der Verbindungswege vom Mutterland zu den Dominions und Kolonien, 3. die Verteidigung der Kolonien und Dominions selbst. Im Zusammenhang damit soll die Erhaltung der englisch-französischen Entente und die Sicherung des Mittelmeeres als Verbindungsweg nach dem Orient und dem fernsten Osten besonders erörtert werden.

**Das spanische Königspaar in Paris**

**Paris, 27. Juni.** Das spanische Königspaar ist gestern Abend hier eingetroffen. König Alfons besuchte heute Vormittag den Präsidenten der Republik.

**Paris, 27. Juni.** Die kommunistische „Humanité“ behauptet, als König Alfons von Spanien gestern Abend bei seiner Ankunft den Bahnhof verlassen habe, hätten katalanische Separatisten Kundgebungen veranstaltet und beleidigende Zurufe gegen den Monarchen gemacht. Einige Arbeiter, die sich in der Nähe des Bahnhofs befunden hätten, hätten sich an der Kundgebung beteiligt.

**Die Kindsmörderin Hagedorn geständig**

**Duisburg, 26. Juni.** Die heute früh nach Duisburg überführte Käthe Hagedorn hat im Laufe des Vormittags nach längerem Weigern eingestanden, die beiden Kinder ermordet zu haben.

**Deutscher Reichstag**

**Berlin, 26. Juni.**

Die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaus wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Die zweite Beratung des Mieterschutzgesetzes wird darauf fortgesetzt und zwar mit der Einzelbesprechung und den Abstimmungen. Die Paragraphen, die die Aufhebung des Mietverhältnisses regeln, werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Damit ist auch die Herausnahme der gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz abgelehnt. Die Vorlage wird darauf in 2. und 3. Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Aufhebung des Reichsmietengesetzes wird an den Ausschuss zurückverwiesen. Der Gesetzentwurf über die Ermäßigung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter wird in 2. und 3. Lesung angenommen. Annahmen wird ein deutschnationaler Antrag auf Beschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, darunter auch der Chinesen.

Es folgt die 2. Beratung der Vorlage zur Änderung des Reichspostgesetzes. Danach soll die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichspost von 31 auf 40 erhöht werden. Ferner soll eine Rücklage von 100 Millionen Reich gebildet werden. Das Haus verlegt sich, Montag 2 Uhr: Erwerbslosenfürsorge. Kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Republikanengesetzes.

**Württembergischer Landtag**

**Annahme des Etats. — Vertagung des Landtags**

**Stuttgart, 26. Juni.** Der Landtag hielt am Samstag seine Schlusskammer ab und nahm zunächst Kenntnis von einem Schreiben der Stadt Friedrichshafen mit der Mitteilung, daß der Luftschiffbau Zeppelin durch das Hochwasser schwer geschädigt ist und mit der Bitte um Staatshilfe. Dem wurde in dritter Lesung...

**Die köstliche Perle**

Original-Roman von Karl Schilling

16) (Nachdruck verboten.)

Dann war er gegangen. Charlotte hatte ihm die Treppen hinabgeleuchtet.

Lange rubte beim Abgange seine Hand in der ihren. Im Dämmerlicht leuchteten ihre Augen auf. „Simmelnstern!“ hatte er ihr vereinst als Knabe zugerufen. Er hätte es heute wieder sagen mögen.

Dann irrte er durch die Straßen. Die hellen Fenster der Gasthäuser widerten ihn an, das herausfallende Lachen der Feher dünkte ihm eine Entweihung.

Spät, sehr spät kam er nach Hause. In dieser Nacht träumte er, nichts als Sonne und Reifchen umgab ihn und dazu ein fernes Lachen wie von Glocken und reingestimmten Harfen.

Gewiß, die Kindheit, die Jugend grüßte ihn bei Frau Fertas. Das war es, nur das!

So lag ihm sein Herz vor, und so suchte er seine Sinne zu täuschen und sein Gewissen zu beschwichtigen.

Ja, bei Fertas, da konnte er offen und fröhlich sprechen, bei Theosine, da war alles so klar, so blendend hell, so fast. Da mußte sich der holde Genius seiner Kindheit schüttern und schamhaft verbergen, da durfte er sich nicht hervorwagen und vertraulicher Lust, verweintem Weh der Kinderjahre plaudern. Bei Wohlbrinks hatte nur das ein Daseinsrecht, was mit Geld und Glanz umgeben war oder was mit berühmten Namen prahlen konnte.

Und noch ein Umstand ließ dem Doktor das Haus seiner Braut fast unlieb werden.

Seit einigen Tagen weilte ein entfernter Verwandter bei Wohlbrinks zu Gast, Axel von Tannhof.

Schon in der ersten Stunde ihres Zusammenseins fühlte der Doktor, wie unympatisch, ja widerlich ihm dieser

...ung angenommen das Gebäudeerschuldungssteuergesetz gegen die Stimmen der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokratie und der Kommunisten. Hierauf folgte die dritte Beratung des Etats, wobei der Abg. Schneider (Komm.) erklärte, daß die Genehmigung des Etats Selbstmord wäre. Der Abg. Scheel (Dem.) verlas eine Erklärung, wonach seine Fraktion aus politischen und wirtschaftlichen Gründen den Haushaltsplan nicht annehmen könne und deshalb mit Enthaltung stimmen werde. Die Abg. Rath (D. Vp.) und Dr. Schott (B. Vp.) gaben zustimmende Erklärungen ab, machten aber das Reich für das Gebäudeerschuldungssteuergesetz verantwortlich und leiteter gab überdies der Aufforderung Ausdruck, daß die Regierung und die im Reichstag maßgebenden Parteien bei den künftigen Verhandlungen über den Finanzausgleich auf eine Befreiung oder mindestens starke Milderung der Gebäudeerschuldungssteuer hinwirken möchten. Abg. Keil (Soz.) lehnte sich der Abg. Flügel (Soz.) über den das Publikum zur Beweissung Ansehens Autopostel. Ein Antrag Straßdel (B. Vp.), in den östlichen Grenzbezirken sährlich 100 Tote Verkaufsstunden an Sonn- und Feiertagen zu gemähren, wurde mit 36 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Dem Deutschen Auslandsinstitut wurden als Beitrag zum Bau des Hauses des Reichstums 50 000 M. bewilligt. Ein früher angenommener Antrag, auf alsbaldige Befreiung der Gemeinde-Gewerbesteuer hinzuwirken, wurde abgelehnt und sodann bei der Schlussabstimmung der Etat gegen die Stimmen von Demokraten (Stimmhaltung), Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Ferner wurden genehmigt in zweiten und dritten Lesungen die Wenderuna des Besoldungsanspruchs, der Gesetzentwurf über Bürgerschaft des würt. Staates bei Auszubehhäftigen und der Gesetzentwurf über die Beteiligung des Staates am Ausbau der Borarlberger Wasserkräfte mit 1.700 800 RM., letzterer gegen die Stimmen von Soz. und Kommunisten. Angenommen wurde schließlich noch der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung, wobei Präsident Körner unter dem Beifall des Hauses dem Berichterstatter Keil für seine reichsige Arbeit dankte und nun vertagte sich das Haus nach einer arbeitsreichen und mühevollen Tagung auf unbestimmte Zeit. Präsident Körner erbid die Ermächtigung, den Landtag im Einvernehmen mit den Ausschuhvorstehenden wieder einzuberufen.

**Aus Stadt und Land.**

**Altensteig, den 28. Juni 1926.**

**Amtliches.** Uebertragen wurde die Pfarrei Baiersbronn dem Pfarrer Sigel in Feldsitten, Dekanat Münsingen.

**Sonderzug von Pforzheim nach Konstanz mit Bodensee-Rundfahrt am Sonntag, dem 5. September d. J.** Es ist beabsichtigt, bei genügender Beteiligung für Sonntag, den 5. September d. J. bei der Reichsbahndirektion Stuttgart einen Verwaltungsonderzug 4. Klasse mit einem Drittel Fahrpreisermäßigung von Pforzheim nach Konstanz u. zurück zu beantragen. Abfahrt in Pforzheim etwa 5 Uhr früh, Rückkunft nach Pforzheim etwa 11.30 Uhr nachts. Aufenthalt in Konstanz und Umgebung etwa 7-8 Stunden. Neben Befichtigung der Stadt Konstanz und Umgebung ist eine Rundfahrt auf dem Bodensee geplant. Eine derart rasche und billige Fahrgelegenheit nach dem Bodensee wird zweifellos viel Anklang finden. Der Zug wird bei genügender Beteiligung zweifellos auf der Hin- und Rückfahrt auf allen Stationen zwischen Pforzheim u. Eutingen (ausgenommen Stationen 5. Klasse: Münsingen, Ernstmühl, Talmühle und Jelschhausen) anhalten.

\* Der Schwarzwaldverein Altensteig machte bei dem gestrigen für eine Wanderung außerordentlich günstigen Wetter seine Junitour. Nachdem man mit dem Frühzug nach Nagold gefahren war, wanderte man in den prächtvollen Morgen hinein durch Wälder und fruchtbare Fel-

der über Unterjettingen, Sindlingen, Haslach nach Herrenberg, fuhr mit der Bahn nach Entringen und wanderte dann über Hohenentringen durch den herrlichen Schönbuch nach Bebenhausen, wo eine eingehende Besichtigung des früheren Klosters und des Siches unseres verstorbenen Königs Wilhelms II. vorgenommen wurde. Nach einer Rast ging man den Schönbuch vollends durch bis Tübingen. Hier besichtigte man die Lebenswürdigkeiten der Stadt. Alle Teilnehmer kehrten dann wohlbesiedigt mit der Bahn nach Altensteig zurück in dem Bewußtsein, eine der schönsten Wanderungen gemacht zu haben.

**Ein schöner Erfolg der Stadtkapelle Altensteig.** Bei dem gestrigen Musikfest in Freudenstadt, das einen glänzenden Verlauf nahm, erhielt die Stadtkapelle mit ihren 16 Mann unter sehr scharfer Konfurrenz (die Rekrutzahl der Kapellen mit über 30 Mann!) einen 1a-Preis in der Mittelstufe. Wir gratulieren!

— Peter und Paul. 29. Juni, der zu den sogenannten bürgerlichen Festtagen zählt, ist dem Andenken der beiden Apostel Petrus und Paulus gewidmet, die nach der kirchlichen Ueberlieferung an ein und demselben Tage, am 29. Juni 64, den Märtyrertod erlitten haben. Petrus gilt besonders als der Schutzpatron der Fischer. Weil um Peter und Paul die Kirchen gepflegt werden, führt der Tag im Volksmund die Bezeichnung „Kirchenpeter“. Rad dem Stand der Getreidfelder beurteilt der Landmann an Peter und Paul den Beginn der Ernte. Allgemein heißt es Peter und Paul brechen dem Korn die Wurzel, nach 14 Tagen brechen wir es ganz ab. Auch als Wetterpropheten spielen Peter und Paul eine Rolle. So heißt es: Schön zu Paul, fällt Taschen und Kauf, dagegen: Regen an Peter und Paul, wird die Weinernte faul.

— Ein Postwertblatt für Schulen. Die Bestrebungen der Deutschen Reichspost, die Öffentlichkeit mit den wichtigsten Postverordnungsbestimmungen vertraut zu machen, sollen dadurch eine Förderung erfahren, daß diese Bestimmungen in allen Schulen bei geeigneter Gelegenheit zum Gegenstand der Belehrung gemacht werden. Die Deutsche Reichspost hat ein Wertblatt herausgegeben, das die in Betracht kommenden Bestimmungen enthält und als Anhalt für die Unterweisung dienen kann. Die Schulvorstände, Schulleiter, ersten und einzigen Lehrer, sind vom Kultministerium angewiesen worden, dieses Wertblatt in ausreichender Anzahl für ihre Schulen zu bestellen und dafür Sorge zu tragen, daß sein Inhalt in geeigneten Räumen (vor allem im deutschen Staatsbürgerlichen, geschäftsunstündlichen, Lesen- und Schreibunterricht) verwertet wird.

— Zum Geflügelhandel. Nachdem die Hühnerpest getilgt ist, ist bestimmt worden, daß den Geflügelhändlern vom Oberamt gestattet werden kann, durch Beauftragung, die mit dem Verkaufsgesetz nicht in Verührung kommen, Bestellungen sammeln zu lassen. Das Hausieren mit Verkaufsgesetz und die Aufzahlung von Bestellungen durch die Geflügelhändler selbst bleiben nach wie vor verboten.

— Anmeldung von Sparkastenguthaben. Der Würt. Sparverband schreibt: Zur Erhaltung des Aufwertungsanspruchs aus Sparguthaben bei den öffentlichen Sparkassen ist in Preußen durch die zweite Durchführungsverordnung vom 27. Februar 1926 die Anmeldung grundsätzlich nicht vergessen. Der Anmeldung bedarf es jedoch in solchen Fällen, in denen ein von einer Sparkasse an eine andere überwiegenes Guthaben unter Zugrundelegung eines höheren Goldwertes als desseniger der für das Datum der Ueberweisung maßgebend ist, aufgewertet werden soll. Diese Anmeldung ist an die Sparkasse zu richten, bei der das Guthaben jetzt besteht. Die Anmeldung muß bis zum 30. Juni 1926 erfolgen. Ansonsten wird der Anspruch auf günstigere Berechnung vermitt. Vor Inkrafttreten der Verordnung erfolgte Anmeldungen

Manch war und wels' innere Klust sie für immer trennen würde.

Tannhofs ganzes Interesse legte sich um seine, teure Reit- und Luxusperde. Jedes Rennen wußte er anzugehen, jeden berühmten Gewinner mit Namen zu nennen.

Wie auch Falkner das Gespräch führte, mit einer letzten Hartnäckigkeit wußte der andere stets wieder auf sein Lieblings Thema einzubiegen, so daß er schließlich alle Versuche zu einer vernünftigen Unterhaltung fallen ließ.

Noch mehr verdroß ihn aber dessen eingebildetes, blaßes Wesen. Beständig hielt Tannhof das schwarzumrahmte Monokel im linken Auge, drehte unablässig eine Zigarette im Munde und gab vor, ihr scharfes Aroma als „Lebensluft“ zu brauchen.

In sehr kameradschaftlicher Weise verkehrte er mit Theosine und beobachtete die Tatsache, daß sie Falkners Verlobte war, herzlich wenig.

Daß ihm eigentlich wenig Grund zum Stolz gegeben war, verriet er selbst, indem er mit zynischer Offenheit gestand, seine „Klitsche“ sei völlig verschuldet, seinen wertvollen Karstall wolle er auf keinen Fall aufgeben, so bleibe ihm nun nichts anderes übrig, als eine reiche Frau zu heiraten. „Schade“, fügte er taktlos hinzu, „daß ich mein schönes Ausrühen schon vergeben hat.“

Und Frau Kommerzienrat? War es der Ausdruck ihrer wahren Ueberzeugung, oder wollte sie auch hier den Doktor die Kadelfische ihrer Ungnade fühlen lassen, indem sie den Gast mit überhöflicher Liebenswürdigkeit behandelte, so daß sich Falkner verletzt fühlen mußte?

Auch Theosine bemühte sich wenig, seine Liebe zu schüren und ihm das Berweilen bei ihr anheimelnd zu machen. Immer blieb sie so gleich, so ruhig, so kühl, so... Dr. Falkner fand selbst den richtigen Ausdruck dafür.

Zu verwundern war es aber nicht, daß alle diese Vorgänge dazu beitrugen, ihm den Gang zu den Wohlbrinks immer schwerer zu machen und ihm das Stillglüd bei Fertas in immer hellerem Lichte zu zeigen.

Es entging natürlich Frau Fertas nicht, wie die Besuche des Doktors sich häuften, wie sie an intimeren Charakter gemannen.

So geriet sie in eine Welt zwiespältiger Gefühle. Mit frohem, stolzem Glück empfand sie es, wenn Falkner bei ihnen weilte und ihr wie einer guten, treuen Mutter begegnete, ihr sein reiches Herz immer mehr erschloß und sie in seine Sorgen, seine Freuden, seine Lebenspläne bilden ließ; war er doch das Kind des Mannes, den sie einst so heiß geliebt hatte und zu dem die Reizung ihrer Seele nie erstorben war.

Aber mit dem Glücksgefühl, das seine Besuche bei ihr auslösten, verband sich ein anderes: das des geheimen Wehs, der ängstlichen Sorge.

Dr. Falkner war Bräutigam, war Verlobter einer vornehmen, reichen Dame. Da tat es nicht gut, wenn er seine Freistunden ihr entzog und bei ihnen weilte.

Auch war es ihr nicht verborgen geblieben, daß man im Hause inselste und raunte und halb offen sein Erkaumen befandete, daß der junge schöne Doktor so häufig, in ungewohnten Stunden und in ungewohnter Länge seine Krankenvisten abstattete, wo sie doch fast völlig wiederhergestellt war.

Und noch etwas versetzte die Mutter in Nachdenken und Kummer, die Sorge um ihre Tochter Charlotte.

Gewiß, mit Charlotte war eine große Veränderung vorgegangen.

Das an und für sich schon stille Kind wurde noch stiller. Dabei lag auf ihrem Antlitz ein verklärtes Träumen und um ihren Mund spielte ein glückliches Lächeln, als trüge ihre Seele seine, liebe Gedanken. Dann wieder schien es, als ob Charlotte nachts heimlich weinte. Und wenn Falkner kam, glitt ein läches, tiefes Erdröden über ihre Züge. Dazu die seltsame Scheu, das heiße Ausleuchten ihrer Augen, wenn er mit ihr sprach!

Ja, Charlotte gab ihr zu denken und zu sorgen!

(Fortsetzung folgt.)



find unvorteilhaft. In Württemberg ist eine solche Verfügung nicht erlassen worden; wie uns aber von maßgebender Seite mitgeteilt wird, sei es trotzdem zweckmäßig, die Anmeldung derartiger Ansprüche unverzüglich anzumelden. — Wie wir hören, ist es übrigens auch dann, wenn bei ein und derselben Sparkasse auf Wunsch des Sparerers die Uebertragung auf das Konto eines anderen zum Beispiel des Ehegatten oder eines Kindes stattgefunden hat, die Anmeldung bei der Sparkasse innerhalb der Frist vorzunehmen. Nach einer Vereinbarung unter den Sparfassen soll im Falle der Anmeldung der ursprüngliche Goldmarkwert des übertragenen Betrages in Rücksicht gezogen werden. Auch bei der Zusammenlegung oder Umschreibung von Konten ein und desselben Sparerers bei einer Sparkasse empfiehlt es sich, die Sparfasse darauf aufmerksam zu machen, daß früher schon ein Konto unter einer anderen Nummer bestanden hat und daß das jetzige Konto nur eine Fortsetzung des früheren darstellt. Am 30. Juni ist ferner Fristablauf von Einreichung der Klagen von Pfandbriefgläubigern und Gläubigern pfandbriefähnlicher Schuldverschreibungen auf Anerkennung ihrer Rechte auf nachträgliche Umwertung in Fällen wertloser Rückzahlung. Bis zum gleichen Termin muß die Anmeldung des Anspruchs auf Berücksichtigung des früheren Goldmarkbetrages umgewandelter Pfandbriefe erfolgt sein.

**Calw, 27. Juni.** (Goldene Hochzeit.) Heute begingen Frau **Staubler** und seine Ehefrau die Feier der goldenen Hochzeit. Er zählt 78, sie 70 Jahre. Während Frau Staubler immer noch als Wäscherin und Putzfrau fleißig arbeitet, war ihr Gatte, ein Veteran von 1870/71, früher Jahrzehnte bei der Stadtgemeinde Wegmacher (auch bei der städtischen Forstverwaltung), bis vor kurzem noch Postgärtner der Neuen Höheren Handelsschule.

**Balersbrunn, 25. Juni.** (Ertrunken.) Am Dienstag nachmittag fiel das vier Jahre alte Töchterchen Klara des Waldschmieds Albert Hinzbeiner während des Spiels mit anderen Kindern in den Forbach. Leider war es nicht mehr möglich, das Kind zu retten. Eine Stunde später konnte es als Leiche gelandet werden.

**Stuttgart, 27. Juni.** (Reichsjugendweltlämpfe.) Die Reichsjugendweltlämpfe, die in den letzten Jahren von zahlreichen Schulen abgehalten wurden, haben sich als ein wertvolles Mittel zur Förderung der Lebensübungen bewährt. Das Kultministerium empfiehlt deshalb ihre Abhaltung, für die auf Antrag ein schulfreier Tag gewährt wird, auch in diesem Jahr auf dringendste; sie sollten zu einer ständigen Einrichtung jeder Schule werden. Für 10 v. H. der Teilnehmer werden Ehrenurkunden des Reichspräsidenten verliehen.

**Endgültiges Ergebnis des Volksentscheids über die Fürstenernteignung.** Zur Feststellung des endgültigen Abstimmungsresultates beim Volksentscheid über die Enteignung der Fürstenernteignung im 31. Stimmkreis (Württemberg und Hohenzollern) trat unter Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Kiefer der Abstimmungs-ausschuss im Sitzungssaal des Ministeriums des Innern zusammen. Das endgültige Ergebnis ist folgendes: Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 1645 924 (vorläufiges Ergebnis 1646 694), die Zahl der Stimmschein 819 (8227), die Zahl der gültigen Stimmen 582 722 (583 041), die Zahl der ungültigen Stimmen 5514 (5510), die Zahl der Ja-Stimmen 563 544 (563 863), die Zahl der Nein-Stimmen 9178 (ana.). Somit hat sich die Zahl der Ja-Stimmen um 319 vermindert. Die Abweichungen sind also recht geringfügig. Der größte Anstand ergab sich in der Stadt Ehingen a. D.

**Von der Württ. Notenbank.** Am Samstag wurde das neue Heim der Württ. Notenbank, in dem früher die Reichsbank untergebracht war, durch eine feierliche Feier eröffnet. Dieses staats-eigene Gebäude in der Friedrichstraße wurde unter erheblichem Aufwand zu einem modernen Schmuck und geräumigen Bankhaus umgebaut. Finanzminister Dr. Dehlinger sprach Begrüßungsworte und wies auf die Bedeutung der Notenbank für den Staat und die Wirtschaft. Direktor Kofler gab eine interessante geschichtliche Entwicklung der Notenbank. Drei Jubiläe erwähnen wegen 25jähriger Zugehörigkeit zur Bank besondere Ehreung. Ein Rundgang zeigte die vornehme gediegene Einrichtung und Zweckmäßigkeit des Hauses.

**D. A. J. - Sommerfest.** Am Samstag, den 3. Juli veranstaltete das Deutsche Auslandsinstitut unter Mitwirkung eines Ehrenausschusses von Damen unter dem Vorsitz der Frau Oberbürgermeisterin ein Sommerfest im Hofe des Hauses des Deutschtums und in den Räumen und Sälen des Inkubators selbst. Für eine Tombola haben Stuttgarter Firmen hervorragende Gewinne zur Verfügung gestellt. Eine stattliche Anzahl Stuttgarter Künstler und Künstlerinnen hat ihre Mitwirkung zugesagt.

**Neugründung.** Dieser Tage ist eine Vereinigung gegründet worden, die eine notwendige Aufgabe für die Förderung des Luftverkehrs zu erfüllen haben wird: ein Württ. Luftfahrtverband. Er will auf allen Gebieten der Theorie und Praxis die Luftfahrt fördern.

**Ludwigsburg, 26. Juni.** (Karlsruher Brüdertag.) Am 26. Juni versammelte sich die Karlsruher Brüderchaft auf der Karlsbühne in Ludwigsburg zu ihrem Brüdertag. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Dekan Gauger, gab Direktor Schütter den Bericht über den gegenwärtigen Stand der Brüderchaft, der erfreulicherweise von einem stetigen Fortschritt zeugte. Außerordentlich tritt das in Erscheinung durch den Bau des neuen Brüderrhauses, der allerdings finanziell noch nicht ganz gesichert und tatkräftiger Unterstützung bedürftig ist. Den Nachmittag neben der Besprechung von Verbandsangelegenheiten zwei Vorträge aus: „Innerste Mission“, gehalten von Stadtmisionar Müller, und „Gehelmsinn des Seelenlebens“, gehalten von Pfarrer Möhne. Mit dem Ausblick auf die fünfzigjahrfeier am 6. November 1928 trennten sich die zahlreich erschienenen Teilnehmer bei Lobung.

**Reutlingen, 26. Juni.** (Der neue Oberamtspfleger.) Schultheiß und Verwaltungsaktuar Bed. Honau wurde von der Amtöverammlung mit 21 Stimmen zum Oberamtspfleger gewählt.

**Blaubeuren, 26. Juni.** (Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.) Der Gemeinderat hat beschloffen, die Wohnungszwangswirtschaft aufzuheben.

**Heidenheim, 26. Juni.** (Aufwertung.) Bezüglich der Aufwertung der Anleihen der Stadtgemeinde hat der Gemeinderat die 20prozentige Aufwertung der Altbesitzer der Stadtobligationen und Heimbezahlung sämtlicher Schuldverschreibungen ab 1. September 1926 beschloffen. Die im Jahr 1922 aufgenommenen Papiermarkanleihen werden mit dem vierfachen Betrag des Goldwertes aufgewertet und am 1. September bar zurückerstattet.

**Walen, 26. Juni.** (Barackenbau.) Der Gemeinderat beschloß einstimmig den Bau von 12 bis 14 Barackenwohnungen, um der hier immer noch sehr stark herrschenden Wohnungsnot entgegenzutreten. Die Kosten sind auf circa 36 000 Mark veranschlagt.

**Sarthausen, O. A. Mergentheim, 26. Juni.** (Tödl. verunglückt.) Das 5jährige Söhnchen des Löwenwirts Ruf fiel beim Spielen in der Scheuer vom Gebälk in die Tenne hinab und zog sich schwere Verletzungen zu, an denen das Kind einige Stunden darnach verstarb.

**Ravensburg, 26. Juni.** (Tödl. Unfall.) Tierarzt Müller in Zusdorf ist mit seinem Fahrrad so unglücklich gestürzt, daß er nach wenigen Stunden verstarb.

**Steinach O. A. Waldsee, 26. Juni.** (Ertrunken.) Das dreijährige Töchterchen des Tagelöhners Kloos fiel in den Ortsbach. Es konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

**Langenargen a. S., 26. Juni.** (Ertrunken.) Freitag vormittag ist der 22 Jahre alte ledige Schuhmacher Franz Pfeiffer von Langenargen bei Ausbesserungsarbeiten in die Argen gestürzt und ertrunken.

**Von der bayerischen Grenze, 26. Juni.** (Brandstiftung und Selbstmord.) Der 52 Jahre alte verheiratete Gajsermeister Georg Lejch in Pillingen schickte seine Frau und das Dienstmädchen weg in der Abicht, seinem Leben ein Ende zu machen. Er versperre das Haus und übergieß im Laden und im Schlafzimmern verschiedene Gegenstände mit Spiritus und steckte sie in Brand. In der Werkstatt, wohin er sich dann begab, schoß er sich mit einem Revolver in die rechte Schläfe, wodurch der Tod sofort eintrat. Nachbarn, die den Brand bemerkten, stiegen durch das Fenster ein und bekämpften das Feuer.

**Gedächtnisfeier der ehem. 26. Reserve-Division**

**Stuttgart, 26. Juni.** Der Verband der ehemaligen 26. Reserve-Division hielt zur 10jährigen Wiederkehr der Monate der Sommerschlacht am Sonntag vormittag auf dem Waldriedhof eine würdige und eindrucksvolle Feier ab. Neben anderen Verbänden beteiligten sich daran der Frontkämpferbund und der Bezirkskriegerverband mit ihren Fahnenabteilungen. Nach dem Vortrag eines Grußworts durch die Kapelle des Infanterie-Regiments 13, trat der Divisionsgeistliche, Pfarrer Gerner, vor die Versammelten, um in feierlichen, von tiefem religiösem Ernst getragenen Worten der Gefallenen der Sommerschlacht zu gedenken, ihren Opfertod zu würdigen und den Lebenden ihre Pflicht gegen die Toten eindringlich ins Bewußtsein zu rufen, deren Liden nicht vergehtlich sein dürfen. Der geistlichen Gedächtnisrede, die ihren tiefen Eindruck auf die Zuhörer nicht verfehlte, folgte ein Gesang des Gesangsvereins Ehrensold und hierauf die Gedächtnisrede des Generals der Infanterie Frhr. von Soden. Der Redner gab einen eindrucksvollen Überblick über den Verlauf der Sommerschlacht, über jene schweren Kämpfe, in denen ein großer Teil des deutschen Heeres sich unersetzlichen Ruhm erworben hat, aus welchen aber auch mancher Kämpfer nicht mehr zurückkehrte. Auf die vielen interessanten Einzelheiten, die Frhr. von Soden in fesselnder Weise mitteilte, können wir leider nicht eingehen. Wenn auch der Infanterie die schwerste Aufgabe während der Sommerschlacht zufiel, so hatten doch, wie der Redner betonte, auch die übrigen Truppengattungen, Pioniere, Sanitätscorps, nicht geringes zu leisten. Zahlreiche württembergische Truppenteile seien an der Sommerschlacht beteiligt gewesen. Der Redner nannte neben anderen das 9. Reserve-Regiment 129 und das 13. Armeekorps. Während die meisten Truppen in den heftigen Gelechten an der Somme, bei denen keine Schützengräben vorhanden waren, kaum drei bis vier Wochen ausgehalten hätten, sei die 26. Reserve-Division 4 bis 5 Monate lang nie abgelöst worden und habe nördlich der Ancre keinen Fußbreit Boden verloren. Auf einer Front von 10 Kilometer habe die Division, die den heftigsten Angriffen eines überlegenen Gegners auch durch Tanks und Flieger ausgekostet war, standgehalten und den Durchbruch des Feindes verhindert. Die größte Anerkennung habe dieses tapfere Verhalten beim Feind gefunden. Die „Times“ und „Daily News“ zollten den deutschen Truppen rückhaltlose Bewunderung.

Die Erfolge der Division seien aber auch mit schweren Verlusten bezahlt worden. Zehntausend Gefallene seien an der Somme geblieben. Der Redner gedachte dieser Toten, die teils in fremder Erde, teils in der Heimat begraben wurden, in tiefer Trauer, sowie auch der Schwerverwundeten u. Hinterbliebenen, hinzu fügte er den Dank an die Ueberlebenden, von denen viele bei der Feier versammelt seien, für ihre hervorragenden militärischen Leistungen.

Mit einem Ruf zur Einigkeit und Pflichterfüllung schloß Frhr. v. Soden seine eindrucksvolle Rede. Darauf legte er einen Vorbericht im Namen der gesamten 26. Reserve-Division nieder, welcher ihren 12 000 Gefallenen, insbesondere den an der Somme Gefallenen, in Dankbarkeit dargebracht sei.

Der Gesangsverein Ehrensold stimmte das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden“ an, worauf der Divisionsgeistliche Dekan Dr. Lempp das Gebet sprach.

Der Vortrag des Niederländischen Dankgebetes durch die Kapelle des Infanterie-Regiments 13 und der allgemeine Vorbericht an der Gedächtnisfeier beschloß die in allen Teilen erhebend verlaufene Feier.

**Kirche und Aufwertung**

Unter der Ueberschrift „Warum reden sie erst jetzt?“ wird in Nr. 138 der Schwäbischen Tagwacht den Kirchen der Vorwurf gemacht, sie hätten in der Aufwertungsfrage versagt. Es wird gefragt: „Sind den völlig Entleerten die kirchlichen Anwälte leinereist auch mit dem vollen Gewicht ihrer religiösen Autorität beigesprungen wie jetzt den Angehörigen der Fürstlichen Häuser?“

Gegenüber dieser Frage ist festzustellen, daß die Kirchen mit allem Nachdruck für eine möglichst weitgehende, gerechte Aufwertung von Anfang an eingetreten sind. Bereits am 11. April

1923 hat der damalige Konfistorialpräsident D. Jeller in einem Schreiben an den württembergischen Staatspräsidenten auf die große Volksgefahr hingewiesen, die damals für die Belange der Sparer entstand, als Hypothekenschuldner in gutem Geld gegebene Darlehen in schlechtem Geld zurückzahlen begannen. Die Kirche forderte damals, wo dadurch einer großen Verelendung noch vorgebeugt werden konnte, ein Sperrgesetz gegen die Kündigung von Hypotheken für die vor dem 1. Januar 1920 aufgenommenen Darlehen. Ob von politischer Seite in Württemberg diese Forderung auch vertreten wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Selbster gingen die Bemühungen der Kirche in dieser Richtung unausgesetzt weiter. So erhob der Ev. Oberkirchenrat am 6. Juni 1924 in einem auch der Tagespresse mitgeteilten Schreiben an das württembergische Kultministerium schwere Bedenken gegen die dritte Steuernotverordnung, die das Rechtsbewußtsein unseres Volkes aufs tiefste verletze“ habe, und forderte aus sittlichen Gründen deren Revision. Es dürfte nicht dahin kommen, „daß allgemein die Schuldner sich ihrer rechtmäßigen Verpflichtungen bei diesem Anlaß entledigen.“ Dabei wurde namentlich auch Rücksicht auf die Kreise der kleinen Sparer gefordert. Auch der Deutsche Evang. Kirchenausschuß nahm im Namen der deutschen evangelischen Landeskirchen während des Jahres 1924 wiederholt Stellung zu diesen Fragen und wandte sich dabei an die Reichsregierung und den Aufwertungs-ausschuß des Reichstags wie an das öffentliche Gewissen. Er machte geltend, daß es sich bei der Aufwertung um eine elementare Forderung der Gerechtigkeit handle, und wies mehrmals eindringlich hin auf „die Lage der Erwerbsunfähigen, der Rentner und Waisen, welche durch die Geldentwertung nicht allein um ihr materielles Gut, sondern auch um ihr Vertrauen in die staatliche Gerechtigkeit und die Sicherheit ihres Gemeinwesens gekommen sind“; er mahnte alle verantwortlichen Personen daran, „welche verderblichen Folgen eintreten müssen, wenn das Vertrauen nicht wiederhergestellt werde.“ In derselben Weise wandte sich der Deutsche Evang. Kirchenausschuß am 11. Februar 1925 nach den Neuwahlen wieder an Reichsregierung und Reichstag. Nach Verabschiedung des Aufwertungs-gesetzes aber erklärten die Kirchen, auch die württembergische, daß sie in Beziehung auf die sittliche Seite der ganzen Frage an ihrem Standpunkt festhalten. All diese Schritte wurden der Tagespresse zur Veröffentlichung mitgeteilt, und die religiöse Presse hat auch selber immer wieder unter Berufung auf die göttlichen Gebote ihre Forderung gemahnt, in den privaten Schuldverhältnissen über die Vorschriften des Gesetzes hinaus nach Kräften aufzuwerten. Auch die katholische Kirche hat in der Aufwertungsfrage entschiedene Schritte getan. Somit muß die Frage, ob die Kirchen sich mit dem vollen Gewicht ihrer Autorität eingesetzt haben, als es sich infolge der Geldentwertung um Vermögen und Recht des kleinen Mannes handelte, den Tatsachen entsprechend bejaht werden.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

**Die englischen Bergarbeiter wünschen einen Waffenstillstand.** Der Sekretär der englischen Bergarbeitergewerkschaften, Cool, gab einem Vertreter der Press gegenüber eine Erklärung ab, daß die Bergarbeiter 1. einen Waffenstillstand wünschen, 2. die Zurückziehung der 8-Stunden-Bill, 3. eine Wiederaufnahme der Arbeit auf der Grundlage des Abkommens aus dem Jahre 1924 und 4. eine sofortige und endgültige Lösung ohne zwangsweise Schiedsgerichtsbarkeit.

**Aushebung einer Faltschmünzwerkstatt.** Die Leipziger Kriminalpolizei hat in dem Vorort Schönefeld eine Faltschmünzwerkstatt ausgehoben. Ein Graveur hat dort seit etwa einem halben Jahre falsche Einmarkstücke in größerer Menge hergestellt und sie in Verkehr gebracht. Der Faltschmünzer gab an, daß er wöchentlich für etwa 40 M. ausgegeben habe.

**Festnahme eines Doppelmörders nach 7 Jahren.** Nach einer Blättermeldung wurde in Rosenheim der 40 Jahre alte Arbeiter Hofner verhaftet, der am 17. Juni 1919 in Gebering zwei Hofbäuerstöchter ermordet und das Anwesen beraubt hatte.

**Eine schwere Bluttat in Schlesien.** In Frankenstein wurde die Familie des Kaufmanns Bayer in der Wohnung erschossen aufgefunden und zwar der Ehemann, die Frau und zwei Kinder. Es besteht Zweifel, ob Mord oder Mord und Selbstmord vorliegt.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Oberjettingen, 24. Juni.** Ausklang zu der im August v. J. hier stattgefundenen Schlägerei mit nachgefolgtem Tode des Konrad Krenz aus Emmingen. Am 22. Juni fand die gerichtliche Verhandlung vor dem Schöffengericht in Tübingen statt. Angeklagte waren Friedr. Stohäcker, Albert und Emil Dengler, Gotthold Gauß und Schmiedmeister Martin Krenz von hier, sowie August Krenz und Friedrich Rath von Emmingen. Dieselben waren angeklagt wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung und Kaufhändel. Beide Parteien stellten den Vorgang verschieden dar und auch die umfangreiche Beweisaufnahme (es wurden 18 Zeugen und 2 Sachverständige gehört) brachten keine Klarheit. So viel steht fest, daß beide Parteien infolge eines Wortstreites aneinander gerieten und sich in der Hauptsache mit Prügelein traktierten. Der Staatsanwalt beantragte Geldstrafen bis zu 150 Mark, die beiden Verteidiger Freisprechung. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten unter Uebernahme der Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse von der Anklage frei, da einerseits nicht festgestellt werden konnte, durch wen Krenz verletzt worden und nach den festgestellten Tatsachen nicht bewiesen ist, ob die Angeklagten durch eigenes Verschulden in die Kaufhändel verwickelt worden sind. — Ein Abschluß hat sich gefunden, der die monatelange Spannung der Gemüter, die Sorge der Eltern befriedigend gelöst hat. Allerdings ein Menschenleben ist dahin und kann nicht mehr zurückgegeben werden. Möge nun Ruhe eintreten, mögen edle Sitten und eine würdige Sonntagsfeier immer mehr zum Gemeingut unserer Jungmännerwelt werden, damit unserem Volke eine bessere Zukunft werde!

**Strafanträge im Antiklerprozeß**

**Berlin, 26. Juni.** Im Berliner Antiklerprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Hauptangeklagten folgende Strafen: Gegen Holzmann eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre, gegen Zwan Antikler eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren Zuchthaus, 10 Millionen Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt eine geringere Gefängnisstrafe.



